2018/17 Ausland

https://jungle.world/artikel/2018/17/insel-der-jugend

Auf der tunesischen Insel Djerba soll in einem Pilotprojekt die politische Mitbestimmung gestärkt werden

Insel der Jugend

von **Astrid Schäfers**

In Tunesien, wo im Mai Kommunalwahlen stattfinden, sollen Entscheidungsbefugnisse dezentralisiert werden. Insbesondere Jugendlichen soll mehr Mitbestimmung ermöglicht werden. Auf der Touristeninsel Djerba gibt es bereits ein Pilotprojekt.

Die Insel Djerba im Süden Tunesiens ist wegen ihres milden Klimas und der vielen Sonnentage im Jahr ein beliebtes Ferienziel. 2002 verübten Islamisten von al-Qaida einen Sprengstoffanschlag auf die jüdische Synagoge al-Ghriba, bei dem 21 Urlauber ums Leben kamen, darunter 14 Deutsche. Bis heute hat sich der Tourismus auf Djerba nicht vollkommen davon erholt. Auch für die Bewohner der Insel, die mit etwa 1 000 Menschen den größten jüdischen Bevölkerungsanteil in Tunesien hat, war es ein schwerer Schock.

Meist blieb es auf Djerba allerdings politisch ruhig. Als während der Revolution 2011 Tausende auf den Straßen von Tunis und selbst in kleinen Städten wie Sidi Bouzid im Süden Tunesiens gegen das Regime von Zine al-Abidine Ben Ali demonstrierten, war davon auf Djerba nichts zu spüren. Die Einwohner Djerbas gelten als fleißig und konservativ. »Die meisten Arbeiter hier wählen al-Nahda«, sagt der Anthropologe Walid Ben Omrane. Unter Ben Ali war die islamistische Partei verboten, die gegen das von Präsident Habib Bourguiba (1957–1987) geschaffene, eher säkulare Regierungssystem opponierte. Im stark zentralisierten Tunesien sind die Regionen stets vernachlässigt worden, besonders der Süden. Daran hat sich seit dem Sturz von Ben Ali nicht viel geändert. Die Bevölkerung im Süden Tunesiens fühle sich schon seit der Ära Bourguiba nicht von der Zentralregierung in Tunis vertreten und sei gegen dessen nationalistisches System gewesen, das Ben Ali fortgeführt habe, so Omrane. Er sitzt dem Verein Tunaruz vor, der sich für partizipative lokale Entwicklung und gegen sozialen Ausschluss einsetzt, insbesondere von Jugendlichen.

Deren Situation ist von Perspektivlosigkeit und hoher Arbeitslosigkeit geprägt, die der Weltbank zufolge bei 36 Prozent liegt. Auf Djerba ist sie wegen des Tourismusgeschäfts niedriger, doch auch auf dieser Insel können die Jugendlichen und jungen Erwachsenen den 2011 eingeleiteten Demokratisierungsprozess kaum mitbestimmen, obwohl sie fast 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen. »Man hört den Jugendlichen nicht zu, die Erwachsenen treffen die Entscheidungen, ohne sie einzubeziehen«, kritisiert Bachir Iskender, der stellvertretende Vorsitzende von

Tunaruz, der sich in dem ärmeren Viertel Awled Amor für die Rechte von Jugendlichen engagiert. Awled Amor gehört zur Stadt Midoun im Nordosten Djerbas im südtunesischen Regierungsbezirk Médénine.

An den feinsandigen Stränden Midouns wurden Ende der sechziger Jahre die ersten Hotels gebaut. Die Hotelmeile bildet bis heute das touristische Zentrum der Insel. In den siebziger und achtziger Jahren, als der Tourismus boomte, zogen viele Familien zu – auch heute noch gibt es Zuwanderung. »Midoun ist für den Tourismus bekannt, wir haben hier 60, 70 Hotels. Deshalb ziehen Familien aus ganz Tunesien hierhin, aus dem Nordosten, aus Khef, aus Kebilili, aus Sidi Bouzid, aus Kasserine und anderen Regionen«, erzählt Ridha Nadhif. Nach den jihadistischen Attentaten 2015 in Tunis und nahe Sousse, bei denen mehr als 50 Touristen erschossen worden waren, brach der Tourismus auch auf Djerba ein und die Arbeitslosigkeit stieg. »Aber jetzt bewegt sich wieder etwas«, so Ridha. Er ist der Leiter des Maison des Jeunes, des Jugendhauses von Midoun. Es ist ein wichtiger Treffpunkt für Jugendliche, da es sonst kaum Freizeitmöglichkeiten für sie gibt.

Auf der Eingangstreppe des Maison des Jeunes sitzen lachende Jungen und Mädchen, die freundlich grüßen. Im Erdgeschoss des weiß gestrichenen Gebäudes befindet sich das Büro von Ridha. Einige Mädchen und Jungen kommen herein. »Ich komme aus Gafsa und wir proben gerade ein Theaterstück zum Thema sexuelle Belästigung«, erzählt der 20jährige Amir. Neben ihm sitzt Nour, die im Stück die Hauptrolle spielt. »Viele Mädchen hier sind von sexueller Belästigung betroffen, aber sie möchten sich dazu nicht äußern, weil das Thema bei uns tabu ist«, sagt sie. Nour wohnt in Awled Amor und besucht dort die Oberschule. Da ihre Eltern wenig Geld haben, wird ihre Familie vom Roten Kreuz unterstützt, etwa in Form von Lebensmittelpaketen während des Ramadan. Die Jungen erzählen, dass sie das Problem der sexuellen Belästigung im Theaterstück tänzerisch indirekt darstellten und Mädchen von ihren Erfahrungen erzählten.

»Das Stück wird die Zuschauer schockieren. Wir wollen damit die Mentalität der Gesellschaft verändern«, meint Artur, der ehrenamtlich mit den Jugendlichen das Stück einstudiert.

Seit der Revolution ist es möglich, die eigene Meinung frei zu äußern. Das Bildungsniveau der Jugendlichen habe sich aber verschlechtert, sagt Ridha: »Viele brechen die Schule ab und machen dann gar nichts mehr.« Im Jugendzentrum toleriere er auch Jugendliche, die den jährlichen Beitrag von zwei Dinar (etwas mehr als 60 Cent) nicht bezahlen. »Mir ist es lieber, wenn sie hier Zeit verbringen als auf der Straße«, meint er. Ein großes Problem sei die Jugendkriminalität. In der Cité Riadh in Awled Amor habe sich ein Fußballplatz neben der Oberschule zum Drogenumschlagplatz entwickelt.

In dem Viertel, etwas abseits der Touristenmetropole Midoun, reiht sich ein Mehrfamilienhaus aus Beton an das andere. »Die meisten Wohnungen hier sind Sozialwohnungen mit einer sehr niedrigen Miete«, erklärt Iskender. Das Viertel wirkt karg, Bäume sind rar, Grünflächen gibt es keine. »Der Staat tut nichts für dieses Viertel, kümmert sich nicht«, sagt er empört. Vor drei Wochen habe er mitbekommen, dass Jugendliche in einem Haus, das einem Österreicher gehöre, Kleber inhaliert und auf dem vermüllten Sportplatz Drogen verkauft hätten. Daraufhin habe er ein Video vom Sportplatz auf Facebook gestellt. Der Gouverneur habe ihn verärgert angerufen und gefragt, warum er das öffentlich gemacht habe. »Damit sich was ändert«, habe Iskender geantwortet.

Eine Woche später kamen Mitarbeiter von UN Habitat nach Awled Amor, die nun mit Tunaruz zusammenarbeiten. Am 6. April veranstalteten sie gemeinsam ein Seminar in der Universität von Djerba. Dabei konnten 15 Jugendliche mit Hilfe des Computerspiels »Mine Craft« ihr Viertel virtuell selbst gestalten.

Sie sollten dafür sensibilisiert werden, wie sie ihr Viertel verändern können, etwa indem sie an der Umgestaltung des Sportplatzes mitwirken. Einige Kinder und Jugendliche machen bereits mit. Vor zwei Wochen säuberten sie mit Iskender den Sportplatz vom Müll und bemalten die Mauer an der rechten Seite des Platzes. »Das kleine Häuschen beim Platz werden wir vergrößern und daraus einen Computerraum für die Frauen machen. Außerdem soll auf einem Teil des Platzes eine Grünfläche mit Bänken gebaut werden, für die Familien. Die restliche Fläche bleibt Sportplatz, damit die Jugendlichen zum Beispiel Fußball spielen können«, erzählt Iskender enthusiastisch. Für die größeren Umgestaltungsmaßnahmen hat Tunaruz eine Baufirma beauftragt, die von UN Habitat bezahlt wird.

> »Man hört den Jugendlichen nicht zu, die Erwachsenen treffen die Entscheidungen, ohne sie einzubeziehen.« Bachir Iskender, stellvertretender Vorsitzender des Vereins Tunaruz

Eine Chance für mehr Beteiligung der Jugendlichen und die Schaffung demokratischer Entscheidungsstrukturen sieht Omrane im Dezentralisierungsprozess, der zu lokaler Selbstverwaltung führen soll. Bisher werden Gouverneure und deren Delegierte auf der Ebene der Regierungsbezirke vom Innenministerium in Tunis ernannt. Die Bürgermeister werden direkt gewählt, aber von den Gouverneuren und ihren Delegierten überwacht. Bei den Gemeindewahlen im Mai soll eine Gemeindeversammlung direkt gewählt werden, an deren Vertreter die Gouverneure Entscheidungsbefugnisse in den Bereichen Wirtschaft und lokale Entwicklung abgeben sollen.

Diese Form der Selbstverwaltung ist in Artikel 132 der tunesischen Verfassung von 2014 festgeschrieben. Sie wird aber durch die Artikel 14 und 138 eingeschränkt, die vorsehen, dass Zentralregierung und -verwaltung das politische Handeln auf der kommunalen Ebene »zur Wahrung der nationalen Einheit« kontrollieren. Es könnte also sein, dass wichtige Entscheidungen weiterhin vom Innenministerium in Tunis getroffen werden.

Was die Dezentralisierung in Midoun angeht, die von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) begleitet wird, ist Omrane optimistisch. Bereits im Januar wurde dort auf der Verwaltungsebene ein partizipativ kontrolliertes Budget eingeführt, bei dem Vereine wie Tunaruz in die Entscheidungsfindung über Gemeindeausgaben einbezogen wurden. »Wir haben sechs Parteien eingeladen und sie haben uns über das Gemeindebudget aufgeklärt. Voriges Jahr haben sie sieben Millionen Dinar (umgerechnet etwa 2,35 Millionen Euro) ausgegeben, aber nur fünf Millionen von Tunis bekommen«, sagt Iskender. »Das bedeutet, sie haben zwei Millionen Dinar Schulden« – und das in der Gemeinde Südtunesiens, die die meisten Touristen zählt.

So wichtig der Dezentralisierungsprozess in Tunesien für die Demokratisierung ist, so zeigt das Budget von Midoun, wie schwierig die finanzielle Lage der Kommunen ist, insbesondere in den vernachlässigten Regionen. Für die Jugendlichen bietet die Ausweitung der

Partizipationsmöglichkeiten jedoch die Chance, sich auf der lokalen Ebene einzubringen und mehr mitzubestimmen.

© Jungle World Verlags GmbH